

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



Die „Grüne Mitte“ ist das aktuelle Prestigeprojekt des Linzer Wohnbaus. Bis 2016 werden auf dem Gelände des ehemaligen Frachtenbahnhofes von sieben Genossenschaften in Niedrigstenergiebauweise 800 Wohnungen, 50 betreubare Wohneinheiten und ein Kindergarten errichtet.

## Wohnen wieder leistbar machen!

Seit Jahren steigen die Wohnkosten weit stärker als die Inflationsrate. Beispiel Oktober 2014: Mieten plus 4,6 Prozent, Verbraucherpreisindex plus 1,6 Prozent.

Der eklatante Anstieg der Wohnkosten trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen wie etwa Alleinerzieher\_innen, prekär Beschäftigte, Pensionist\_innen existenziell. Auch in Linz ist

das nicht anders.

Das Mietrecht ist zu einem auch für Experten kaum noch durchschaubaren juristischen Dschungel verkommen. Die Einführung der nach Ländern gestaf-

felten Richtwerte brachte einen Schub für die Wohnkosten. Das Risiko ungerechtfertigte Zuschläge gerichtlich einzuklagen wird auf die Mieter\_innen abgewälzt.



**Gerlinde Grün**  
KPÖ-Gemeinderätin  
[www.gemeinderaetin.at](http://www.gemeinderaetin.at)

## Flucht ist kein Verbrechen

Das Tauziehen um die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Schande. Dabei geht es nur darum diesen das nackte Überleben zu sichern.

Auch Linz könnte mehr tun als sich mit dem Verweis auf die erfüllte Betreuungquote zurückzulehnen. Dass Massenquartiere wie die Kaserne Ebelsberg nicht der Weisheit

letzter Schluss sind, ist klar. Wer die Unterbringung von Flüchtlingen in der Kaserne so wie Bürgermeister Luger ablehnt, muss Alternativen vorschlagen. Ein Nein schafft keine Unterkünfte.

Dabei gibt es genug Leerstände im Besitz der Stadt, die genutzt werden könnten. Auch das Areal der Tabakfabrik böte Raum für innovative Ideen.

### **Arbeitslos: Selber schuld?**

Ende September waren in Linz 7.362 Menschen arbeitslos, weitere 2.215 in Schulungen. Aber die von Politik und AMS propagierte Qualifizierung schafft keine neuen Jobs. Trotzdem sollen Arbeitslose rund um die Uhr verfügbar sein.



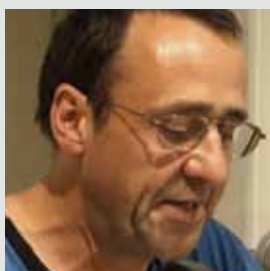
**Michael Bönisch** EDV-Techniker

Wenn wenige immer mehr arbeiten haben mehr immer weniger Arbeit. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit erhöht die Zahl der Arbeitslosen.



**Bärbel Staub** Technikerin

Die Zumutbarkeitsbestimmungen sollen weiter verschärft werden. Wenn einem mehr als zwei Stunden Anfahrtsweg aufgezwungen werden, ist das eine große Belastung und schadet Gesundheit und Umwelt. Und von der besonderen Förderung Arbeitssuchender über 50 wird zwar geredet, tatsächlich gibt es aber nichts.



**Erich Klinger** Idealer Kandidat fürs Bedingungslose Grundeinkommen

Wirksame Maßnahmen wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung sind derzeit nicht zu erwarten. Daher wäre es angebracht die Bedingungen arbeitsloser Menschen zu verbessern: durch Anspruch auf „Aus-Zeit“ und Entkopplung des Leistungsbezuges vom Partner\_inneneinkommen.

### **Aufeinander zugehen**

Land der Menschen ist ein Zusammenschluss von elf Organisationen, die sich gemeinsam seit 2000 für die Förderung eines friedvollen und respektvollen Zusammenlebens in Oberösterreich einsetzen.

Der Verein initiiert Projekte und Veranstaltungen in Schulen, Städten und Gemeinden um diese in ihrer Aufklärungsarbeit im Bereich Vorurteile, Zivilcourage, Menschenrechte, Integration, Antisemitismus, Rassismus usw. zu unterstützen. Etwa durch Informations- und Unterrichtsmaterialien, die

Sie kostenlos bestellen und downloaden können.

#### **Gegen Rassismus**

Weiters durch einen Youtube-Channel mit NS-Zeitzeugeninterviews, die Sensibilisierungskampagne „Rassismus? Mog i ned!“ sowie kostenlose Workshops für Jugendliche und MultiplikatorInnen.

Und in Kürze: NS-Zeitzeugendokumentation inklusive pädagogischem Begleitmaterial, Radiosendung „Argumentationstraining gegen rechte Sprüche“. Näheres unter: [www.landdermensen.at](http://www.landdermensen.at)



**Reinhard Leonhardsberger**  
ist Geschäftsführer des Vereins  
Land der Menschen –  
Aufeinander zugehen OÖ

## Wohnen als Profitmacherei?

Die Ursachen für den rasanten Anstieg der Wohnkosten sind vielfach.



Wohnen darf keine Ware sein: Nicht unwidersprochen bleibt die Werbung für teure Luxuswohnungen.

Steigende Bau- und Finanzierungskosten, Verknappung der Fördermittel, Immobilienspekulation, Privatisierung der Bundeswohnungen, Verkauf von Wohnbaudarlehen, Verschlechterung der Wohnbeihilfe, Annuitätensprünge bei Wohnungskrediten, Leerstand tausender Wohnungen, ein schiefes Mietrecht, hohe Kautionen und Maklergebühren ebenso wie laufende Tarif- und Gebührenerhöhungen die sich auf die Betriebskosten niederschlagen.

### WBF-Gelder zum Löcherstopfen?

Als kontraproduktiv hat sich die Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderung erwiesen. Ausdrücklich für den

Wohnbau zweckgebundene, als Lohnnebenkosten eingehobene WBF-Beiträge werden derzeit von den Ländern zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet.

### Spekulation mit Leerstand

Laut Statistikabteilung des Landes stehen in Oberösterreich etwa vier Prozent der Mietwohnungen und sieben Prozent der Eigentumswohnungen aus unterschiedlichsten Gründen leer. Sie bleiben somit dem Wohnungsbedarf entzogen. Insbesondere für Immobilien muss jedoch der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ gelten. Daher müssen Möglichkeiten gefunden werden leerstehende Wohnungen für den Wohnungsbedarf zur Verfügung zu stellen.

### Was will die KPÖ?

- Reform des Mietrechts mit Gültigkeit für alle Wohnungen sowie Festlegung einheitlicher Mietzinsobergrenzen bzw. einer Mietpreisbremse
- Umgehende Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel für den Wohnungsbau
- Regelung der Maklergebühren nach dem Vorbild Deutschlands nach dem Bestellerprinzip
- Abschaffung der Gebühren für Mietverträge
- Gesetzliche Grundlagen für die Erfassung des Wohnungsleerstandes und Verfügbarmachung für Wohnungssuchende
- Zurücknahme der Verschlechterung der Wohnbeihilfen
- Erhöhung der Mittel für die Wohnbauförderung zur Errichtung sozial leistbarer Wohnungen
- Wiederaufnahme eines städtischen Wohnbaues in Linz

### Bitte vormerken!

Samstag, 20.12.2014, 9-15 Uhr, Linz, Melicharstraße 8, Bücherflohmarkt, Verein LIBIB; 19 Uhr, Jahresabschlussfest, Café KPÖ

Samstag, 10.1.2015, 17:30 Uhr, Linz, Hauptbahnhof, Demonstration gegen Burschenbundesball, Bündnis „Linz gegen rechts“

## Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

### Gegen Plakat-Wildwuchs

Die Kritik der KPÖ an der Verschandelung öffentlicher Grünflächen mit Großflächen-Plakatständern der Parlamentsparteien bei den Wahlen 2013 und 2014 führte zu einem Beschluss des Gemeinderates dies künftig zu verbieten. Ein Zusatzantrag der KPÖ zur Bereitstellung öffentlicher Werbeflächen wurde jedoch abgelehnt.

### Leerstehende Wirtshäuser

Mit einer Anfrage thematisierte die KPÖ neuerlich den Leerstand von der Stadt um teures Geld angekaufter Traditionswirtshäuser, konkret des „Schwarzen Anker“ am Hessenplatz und des „Urbanides“ in der Rudolfstraße. Gefragt wurde über laufende Betriebs- und Erhaltungskosten. Nun wird der „Anker“ verkauft, für den „Urbanides“ hat sich ein Pächter gefunden

### Streit um Mengerschule

Einen Rückzieher mussten SPÖ und ÖVP bei ihrem ausgepackten Vorhaben machen, die Mengerschule zugunsten der Privatschule „LISA junior“ aufzulassen. Die KPÖ griff das Thema in einer Anfrage zum Ergebnis der Finanzverhandlungen von Bgm. Luger mit LH Pühringer auf.

### Verkehrsbelastung bei Bruckneruni

Mit einer Anfrage urgierte KPÖ-Gemeinderätin Grönn die bei der Eröffnung der neuen Anton-Bruckner-Privatuniversität 2015 entstehenden Verkehrsprobleme am Hagen. Laut VBgm. Hörzing sollen zusätzliche Bergbahnen und Busse eingesetzt werden.



## Gelebte Freundschaft

Die KPÖ pflegt seit Jahren einen regen Meinungsaustausch mit der KSCM (KP von Böhmen und Mähren) in Budweis.

Linz und Budweis sind seit 1987 Partnerstädte, sie verbindet neben einer alten Handelsroute das historische Erbe der Pferdeeisenbahn. Nicht erstaunlich daher, dass vor allem die verkehrspolitischen Fragen der Donau-Moldau Region im politischen Austausch zwischen KPÖ und KSCM eine große Rolle spielen. Im Kreis Südböhmen hat die

KSCM 170 kommunale Mandate, stellt zwei Parlamentsabgeordnete und eine EU-Abgeordnete und bildet gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine Koalition. In Budweis stellt die KSCM sechs Stadträte.

Einig sind beide Parteien im Wunsch nach dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Auch die von der Linzer KPÖ eingebrachte Forderung nach Freifahrt auf Öffis trifft auf reges Interesse. Gut möglich, dass die Zugstrecke Linz-Budweis einmal ticketfrei bereist werden kann.



Treffen der Linzer KPÖ in der Partnerstadt Budweis mit der tschechischen KP (KSCM).

## Mühlkreisbahn kaputtgemacht

Bei der ganzen Aufregung rund um die alte Eisenbahnbrücke wird stets auf das Verkehrsmittel vergessen das der Brücke den Namen gab: Die Eisenbahn.

Um die ist es aber spätestens mit der Entscheidung eine neue Donaubrücke zu bauen schlecht bestellt. Nur noch bis längstens 2019 wird die Mühlkreisbahn im Inselbetrieb bestehen können, wenn sich nicht Stadt, Land und ÖBB rasch über die Zukunft der Bahn einigen.

Der Stadt Linz, allen voran der SPÖ, ist aber die Mühlkreisbahn egal, die ÖBB will sie abgeben und die selbsternann-

ten Brückenretter samt ÖVP und FPÖ sorgen sich mehr um das Stadtbild, als um Verkehrslösungen für den Zentralraum Linz. Die KPÖ hat sich von Beginn an für den Erhalt der Bahn mit Eisenbahnbrücke eingesetzt.

### Falsche Verkehrspolitik hat Folgen

Stattdessen dominieren neben kurz-sichtigen Einzelinteressen Prestigepro-

jekte, wie Westring, Regiotram oder die unterirdische Straßenbahn Linie 4 die lokale Verkehrspolitik. Das alles kostet viel Geld und legt auf viele Jahrzehnte fest, wie wir mobil sind.

Die Folge ist noch mehr Autoverkehr. Wenn wir in Zukunft sozial und ökologisch mobil sein wollen, braucht es rasch einen wirksamen Ausbau im öffentlichen Verkehr statt Schmalspur-lösungen.

Aktuell, Nummer 5, November 2014

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Stadt Linz



Antwortkarte (oder E-Mail an: [ooe@kpoe.at](mailto:ooe@kpoe.at)) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

Folder:  Kommunalprogramm  Gemeinderatsbilanz  Energiegrundsicherung

Broschüre:  Burschenschaften  Februar 1934  Freifahrt  Henriette Haill

Probeexemplar:  Volksstimme  Die Arbeit  Der Mieterschutz

Infos zum Thema:

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz